



Seite 4:
Symbolische Grüße der LINKEN zum 1. Mai



Seite 5:
Gedenken an den Tag der Befreiung



Seite 6:
Ortsrundgänge mit Jan Korte

DIE LINKE ZEITUNG

6 / 2020

Spende erbeten Zeitung der Partei DIE LINKE des Kreisverbandes Salzlandkreis

EINE KERNFRAGE DER GERECHTIGKEIT

Wer trägt die Lasten der Krise? Wer zahlt am Ende für die Rettungspakete? Auch um unsere Demokratie zu schützen darf die Rechnung dieses Mal nicht an die Allgemeinheit gehen.

Die Welt ist im Ausnahmezustand und die Corona-Krise bestimmt seit fast zwei Monaten unser aller Leben. Das Virus hat nach kürzester Zeit offengelegt, auf wen es in der Gesellschaft in Krisenzeiten ankommt: Lagerarbeiter, Regalauffüller, Mitarbeiter von Lebensmittel-Lieferdiensten, Auslieferungsfahrer, Angestellte der Gemeinden, Krankenhauspersonal, Haushalts- und Pflegehelfer, Fernfahrer. Also größtenteils Menschen in schlecht bezahlten Berufen, in denen sie vor Ort sein müssen und dabei ihre Gesundheit unmittelbar aufs Spiel setzen. Dafür gebührt ihnen unser Dank und unsere Solidarität. Aber während ihnen vor einigen Wochen noch allseits applaudiert und ihre Bedeutung für das Funktionieren der Gesellschaft gepriesen wurde, ist von den anvisierten Lohn-erhöhungen in den chronisch unterbezahlten

systemrelevanten Berufen nichts geblieben. Wo bleibt der Pflegegipfel? Wo der Gipfel zum Aufbau eines krisenfesten Gesundheitssystems? Wo der Gipfel gegen prekäre Beschäftigung und zum Abbau des Niedriglohnsektors?

Stattdessen diskutiert die Bundesregierung auf Autogipfeln mit den Konzernchefs über öffentlich finanzierte Kaufanreize für Neuwagen. Nach Auffassung der Autobosse sollen Pfleger, Lageristinnen und die Kassierer Steuern zahlen, damit ihre Aktionäre schön weiter Gewinne einstreichen. Das ist so unverschämt und so unfassbar ungerecht, dass die Bundesregierung diese Gespräche sofort abbrechen sollte.

Überhaupt haben Wirtschaftsvertreter und ihre FürsprecherInnen nach dem ersten Schrecken und den Bildern aus Italien, Frankreich und Spanien mittlerweile die Zurückhaltung

komplett abgelegt. In der verständlichen Debatte darüber, wie lange Kontaktverbote noch gelten sollen, Kinder nicht die Schule oder die Kita besuchen können und oder Gaststätten geschlossen bleiben, führen sie einen Frontalangriff auf jede Vorsicht und Vernunft. Statt eine gesellschaftlich notwendige Debatte auf Grundlage belastbarer Zahlen, wie die Maßnahmen wirken und welche Lockerungen sich gut begründen lassen, zu führen, fordern FDP, AfD und andere Marktradikale hemmungslos ein baldiges oder sogar sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen. Der gesellschaftliche Konsens, dass der Schutz Aller Priorität habe, wird zunehmend von rechts aufgekündigt. Nun soll es in erster Linie um die Gewinne der Unternehmen gehen. Am deutlichsten auf den Punkt brachte diese menschenverachtende Einstellung der grüne Tübingen

Fortsetzung auf Seite 2

ger Oberbürgermeister Boris Palmer, als er seine Forderung nach einem Ende des Lockdown damit begründete, dass wir durch die Beschränkungen „möglicherweise Menschen [retten], die in einem halben Jahr sowieso tot wären.“

Was CDU/CSU, FDP, AfD und viele aus der SPD am liebsten sofort vergessen machen würden: Dass in der Krise der Markt, der angeblich alles regelt, versagt hat. In den letzten Wochen haben wir uns auf die Forschung staatlicher Universitätskliniken verlassen und waren froh darüber, dass die Neoliberalen unser Gesundheitssystem nicht in Grund und Boden gespart haben wie in Großbritannien. Die Zeiten des schwachen Staats, des öffentlichen Investiti-

onsstaats, der Renditemedizin und der Privatisierung öffentlicher Aufgaben sind vorbei. Und es wäre hochgefährlich, auch dieses Mal wieder die kleinen Leute für die Krise zahlen zu lassen und nicht vor allem diejenigen, die in den letzten Jahren Milliarden geschneidelt haben.

Neben den Rettungspaketen, die gerade geschnürt werden, brauchen wir deshalb auch einen Schutzschirm für die Demokratie, der aus drei Teilen besteht: Einer einmaligen Vermögensabgabe für das reichste Prozent der Bevölkerung, wie das Grundgesetz sie ausdrücklich vorsieht. Das Gesundheitssystem muss entprivatisiert werden, damit unsere Krankenkassenbeiträge in gute Ausstattung und gutes Personal

fließen, statt in Gewinnauszahlungen. Und zuletzt muss das Verhältnis von Politik und Wirtschaft unmissverständlich neu definiert werden: Dass Konzerne im Regelfall maximale Freiheit für sich und ihre Aktionäre beanspruchen, Dividenden in die Höhe treiben und Einnahmen über Steueroasen abwickeln, im Krisenfall aber beim Staat anklopfen um die Hilfe der Steuerzahler verlangen - das darf es in Zukunft nicht mehr geben. Das zu regeln ist eine Kernfrage der Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft.

Jan Korte,
1. Parlamentarischer Geschäftsführer
der Bundestagsfraktion

Landtagsticker der Sitzung vom 07./08. Mai

Kerstin Eisenreich, stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Im Mittelpunkt der Landtagssitzung im Mai standen die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie. Die Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wollte über Chancen in der Krise debattieren, die aus ihrer Sicht vor allem darin liegen, dass in der Wirtschaft stärker regional gedacht und insgesamt ökologisch umgesteuert werden sollte. Leider fanden sich diese Schwerpunkte nur in den Debattenbeiträgen der antragstellenden Fraktion und von DIE LINKE wieder. Der umweltpolitische Sprecher der Fraktion Hendrik Lange legte den Finger in die Wunde: „Die Krise macht das Ausmaß der Umweltschäden deutlich, die wir weltweit verursachen. Wenn man in den Ballungszentren in Indien erstmals wieder den blauen Himmel sehen kann, dann zeigt das nicht nur, dass es dort ein riesiges Umweltproblem gibt, sondern dass wir unsere Umweltverschmutzung mit der Produktionsverlagerung gleich mit exportiert haben.“ Er stellte fest: „Wir brauchen den sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft. Wir sollten die jetzige Situation nutzen, diesen voranzubringen. Darum darf es kein bedingungsloses Verteilen von Steuergeldern an die Konzerne geben. Vielmehr muss der Staat, der gerade seine Handlungsfähigkeit bewiesen hat, im Sinne einer nachhaltigen und sozialen Entwicklung steuernd eingreifen.“ Deshalb schlug er eine dreigliedrige Strategie vor: Kurzfristig helfen, um Arbeitsplätze zu retten und den Menschen Sicherheit zu geben. Mittelfristig umsteuern, um der Wirtschaft Anreize zum Umsteuern zu geben und Investitionen in die öffentliche Verkehrsinfrastruktur, Forschung, Entwicklung und digitale Infrastruktur zu tätigen. Langfristig den sozial-ökologischen Umbau meistern, um die Lebensgrundlagen zu erhalten und die soziale Schere zu schließen.

Der sozialen Spaltung durch die Corona-Krise aktiv begegnen!

Unter diese Überschrift hat die Fraktion DIE LINKE ihre Aktuelle Debatte im Landtag gestellt. Gleichzeitig brachte die Fraktion drei konkrete Anträge zur Bewältigung der Probleme ein. Dabei ging es zum einen um ein Grundeinkommen für Soloselbst-

ständige und Kleinunternehmer*innen, wie Künstler*innen, Gastronomen, Pensionsbetreiber*innen, Dozent*innen und viele weitere Berufsgruppen, für die die bisherigen Hilfsprogramme von Bund und Land nicht greifen bzw. unzureichend sind.

Der Fraktionsvorsitzende Thomas Lippmann sagte dazu: „Wir sehen die Aufgabe der Politik darin, dem sozialen Auseinanderdriften der Gesellschaft aufgrund der unterschiedlichen Betroffenheit von den Coronamaßnahmen aktiv entgegenzuwirken. Wir wollen ohne Wenn und Aber diejenigen unterstützen, die unter den Auswirkungen der Schutzmaßnahmen tatsächlich leiden und Schaden nehmen. Unsere drei Anträge zeigen dabei das breite gesellschaftliche Spektrum derjenigen, deren persönliche Betroffenheit zu wenig im Fokus des Regierungshandelns steht. [...] Wir fordern für alle Soloselbstständigen und Kleinunternehmer ein Grundeinkommen von 1 000 € monatlich.“ Dieses Grundeinkommen solle für jeden Monat gezahlt werden, in dem diese Menschen aufgrund der Verlängerung von Maßnahmen des Landes in ihrer Geschäftstätigkeit derart eingeschränkt würden, dass sie daraus ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten könnten.

In einem weiteren Antrag forderte die Fraktion, dass die Gelder für kostenloses Mittagessen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder in Kindertageseinrichtungen, die geschlossen wurden, direkt an die Eltern ausgezahlt werden. Durch die Schließung der Einrichtungen kommen die betroffenen Kinder nicht mehr in den Genuss dieser Leistung. Dazu der Fraktionsvorsitzende Thomas Lippmann: „Es ist eine absurde Idee, das Essen an die betroffenen Familien ausliefern zu lassen, wie es das Bundesministerium für Arbeit und Soziales vorschlägt. Der logistische Aufwand ist viel zu hoch. Außerdem entstehen erhebliche Zusatzkosten für die Auslieferung, die bezeichnenderweise der Bund auch nicht tragen würde.“

Dieser enorme Finanzierungsbedarf müsse auch durch eine Sonderabgabe auf besonders große Vermögen gestemmt werden.

In einem dritten Antrag fordert die Fraktion

DIE LINKE, dass Studierende und Hochschulen in Corona-Zeiten nicht vergessen dürften. Der hochschulpolitische Sprecher der Fraktion Hendrik Lange erteilte den Absichten des Finanzministeriums eine Absage, von den Hochschulen in Sachsen-Anhalt einen Konsolidierungsbeitrag zum Landeshaushalt zu leisten. Außerdem sollten die Langzeitstudiengebühren für das Sommersemester 2020 erlassen und ein Sozialfonds für Studierende aufgelegt werden, da zahlreiche Studierende durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie ihre Jobs zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts verloren haben.

Alle drei Anträge wurden in die jeweiligen Fachausschüsse überwiesen.

Humanitäre Katastrophe abwenden - Gesundheitsschutz für Alle

Schon lange vor Beginn der Corona-Pandemie sei vor ansteigenden Mortalitätsraten und Seuchen in den bestehenden Aufnahmelagern für Geflüchtete auf den griechischen Inseln der Ägäis gewarnt worden. Diese Situation war für die Fraktion DIE LINKE. Anlass, einen entsprechenden Antrag für ein Landesaufnahmeprogramm einzubringen. Die innenpolitische Sprecherin der Fraktion Henriette Quade sieht dringlichsten Handlungsbedarf, um diese verheerenden Zustände zu beenden und damit die sich zwangsläufig abzeichnende humanitäre Katastrophe abzuwenden. Ebenfalls dringlich sei die Beendigung der Massenunterbringung in der Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAST) Halberstadt zum Schutz der dort untergebrachten Geflüchteten.

Außerdem fordert DIE LINKE in ihrem Antrag die Einführung anonymer Krankenscheine, analog des Verfahrens in Thüringen und Rheinland-Pfalz. Mit diesen kann illegalisierten Personen sowie jenen Menschen, wie EU-Ausländerinnen, wohnungslose Menschen, ehemalige Inhaftierte, Personen mit unklarem Aufenthaltsstatus ohne Krankenversicherungsschutz oder Selbständige, die sich die private Krankenversicherung nicht mehr leisten konnten, eine Krankenversorgung zuteilwerden.

Impfgegner, Esoteriker, Antisemiten und Nazis vereint im Kampf gegen Corona-Schutzmaßnahmen

Henriette Quade, innenpolitische Sprecherin und Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus der Landtagsfraktion

Während die ersten Lockerungen kontrovers diskutiert und bereits umgesetzt worden sind, formiert sich vielerorts Widerstand gegen die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie. Nicht nur rechte Verschwörungsideologen, Neonazis, Esoteriker und Impfgegner reichen sich die Hand. Das ist nicht nur skurril, sondern auch gefährlich.

Eins ist klar: Die Corona-Pandemie mit ihren weitreichenden sozialen, gesundheitlichen, politischen und wirtschaftlichen Folgen wird als eines der einschneidendsten Ereignisse seit dem zweiten Weltkrieg in die Geschichtsbücher eingehen. Selbstverständlichkeiten wie Konzertbesuche, Essengehen im Restaurant oder eine einfache Umarmung zur Begrüßung sind heute längst keine Selbstverständlichkeiten mehr, teilweise schlicht unmöglich. Schulen und Kitas wurden geschlossen, ebenso wie zahlreiche Geschäfte. Die Reisefreiheit wurde massiv eingeschränkt, Kontaktverbote erlassen. Wir sollen seit Wochen möglichst zuhause bleiben, soziale Kontakte meiden und neuerdings einen Mundschutz tragen. Ohne Frage: es sind massive staatliche Eingriffe in die persönliche Freiheit und in das tägliche Leben aller. Hinzu kommt: Der Duktus hat sich geändert. Standen am Anfang Maßnahmen im Mittelpunkt, die alle treffen und dem Schutz aller dienen sollten, verschiebt sich zunehmend die Diskussion, Risiken werden zum individuellen Problem der jeweiligen Risikogruppen und die Bundesländer treten in einen Wettbewerb um die frühesten und weitgehendsten Lockerungen. Vorstöße zu Tracking-Apps mit unklaren Datenschutzbedingungen und bereits, auch in Sachsen-Anhalt stattgefundenen, rechtswidrigen Datenübermittlungen von Menschen, die in Quarantäne mussten an die Polizei, noch dazu an die Abteilung Personenfahndung, tragen zu ohnehin großer Verunsicherung und auch zu Misstrauen bei.

Kein Wunder, dass sich Ängste unter der Bevölkerung ausbreiten: vor COVID-19 aber auch vor dem Jobverlust, dem sozialen Abstieg, dem wirtschaftlichen Kollaps und dem dauerhaften Verlust von Freiheiten. Und das alles wegen eines Virus, das mit dem bloßen Auge nicht zu sehen ist. Und obwohl bisher nur die wenigsten Menschen (wissentlich) in Kontakt mit der Erkrankung gekommen sind. Beste Voraussetzungen für Verschwörungsmythen und ein erneuter Bezugspunkt auch für das verschwörungsideologische Querfront-Milieu.

Verschwörungsideologien profitieren von der Corona-Krise

Aktuell sprießen sog. Hygienedemos wie Pilze aus der Erde. Deutlich über 100 solcher Demos soll es nach Angaben der Veranstalter im Bundesgebiet bereits gegeben haben. Auch in Sachsen-Anhalt gab es Demonstrationen. Das

war zu erwarten. Die aktuelle Situation ist einschneidend, komplex und mitunter besorgniserregend. Ängste und das Ohnmachtsgefühl einer Bedrohung mehr oder weniger schutzlos ausgeliefert zu sein, wecken dieser Tage bei manchen Menschen das Bedürfnis nach simplen Zusammenhängen und einfachen Erklärungen. Diese Verunsicherung nutzen Protagonisten und Anhänger von Verschwörungsideologien. Sie haben ein ganzes Sammelsurium an vermeintlichen Erklärungen, an angeblichen Expertenmeinungen und alternativen „Fakten“, die belegen sollen, womit die aktuelle Situation in Wirklichkeit nichts zu tun habe: mit dem Schutz der Bevölkerung vor COVID-19. Sie wittern ein neues Mobilisierungs- und Rekrutierungspotential, das über soziale Medien angesprochen und vernetzt werden kann. Und die Chance auf ein epochales Revival der seit dem Friedenswinter weitgehend in der Bedeutungslosigkeit versunkenen Querfront.

Alter Wein in neuen Schläuchen

Wer steckt eigentlich hinter diesem ominösen Milieu? Bei den Demos am Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin sieht man Akteure, die zum Teil bereits bei den Montagsmahnwachen in Erscheinung traten und seit Jahren zum Who-is-Who der antisemitischen Verschwörungsszene gehören: Ken Jepsen (KenFM), Martin Lejeune, Paula P'Cay und Uli Gellermann (RT Deutsch), Nikolai Nerling (der rechtsextreme „Volkslehrer“) und Martin Müller-Mertens (Compact-Magazin). Hinzu gekommen sind Rechtsextremisten von „Dritten Weg“, der „Identitären Bewegung“ und Ablegern der Pegida-Bewegung. Dazwischen findet sich ein Publikum, das zum Teil als eher links- zum Teil als eher rechtsesoterisch beschrieben werden kann: wissenschaftskritische, alternativmedizinisch-interessierte Personen, die die Angst vor einer allgemeinen Impfpflicht umtreibt. Und natürlich Menschen, die sich sonst vor „Chemtrails“ gefürchtet haben oder glauben, die Welt würde von Reptiloiden beherrscht. Zudem gibt es nach dem schon länger anisemitisch agierendem Musiker Xavier Naidoo eine neue Welle von mehr oder weniger Prominenten, die politisch agieren und ihre Reichweite für die Verbreitung mal eher wirrer, mal eindeutig rechtsextremer und antisemitischer Ideen, wie z.B. Attila Hildmann.

So unterschiedlich die Akteure auf den ersten Blick sein mögen, sie eint ein gemeinsames Vorhaben: Das Vertrauen in die staatliche und politische Ordnung soll zerstört und eine breite Bewegung gegen das politische Establishment – oder wie sie es nennen: Corona-Regime – formiert werden. Auch wenn die Label variieren – ob „Widerstand 2020“, „Nicht ohne uns“ oder auch Kundgebungen unter der Schirmherrschaft der AfD – sie bedienen sich derselben Mechanismen, sie erzählen die gleichen Ge-

schichten. Die Parallelen zu den zahlreichen ... GIDA-Demos und -Gruppen liegen auf der Hand. Corona ist ein neuer Kulminationspunkt für Akteure, die seit 2014 mal für den Frieden, mal gegen Geflüchtete und mal gegen Klimaschutzpolitik in Erscheinung getreten sind und die extreme Rechte weiß um ihren Einfluss und ihre Anziehungskraft für sie. Die nächsten Wochen werden zeigen, wie es ihr gelingt, das zu nutzen und auszubauen.

Von der Corona-Diktatur über Bill Gates bis zur Holocaustrelativierung

Zentrale Erzählung und Konstante der Mobilisierungen ist die einer vermeintlichen Knechtschaft, in die der Staat die Bevölkerung gestürzt, deswegen seine Legitimation verloren habe und gegen die es Widerstand zu organisieren gelte. Das Spektrum der Äußerungen ist dabei so breit wie der Kreis der Teilnehmer*innen: Es reicht von der Verharmlosung der Risiken des Virus, über die Behauptung, Impfungen dienen eigentlich nur der Kontrolle Bevölkerung und -gesteuert von Bill Gates - werde eigentlich die Transplantation von Chips vorbereitet, bis hin zu Relativierungen und Leugnungen der Shoah und antisemitischen Behauptungen, das Coronavirus sei wahlweise vom Mossad oder jüdischen Geheimorganisationen entwickelt worden.

Maßnahmen müssen erklärt werden

Zugleich verdeutlicht diese Entwicklung: So notwendig staatliche Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie sind, so notwendig ist es, sie zu erklären, zu begründen und zu legitimieren. Wenn Maßnahmen von heute auf morgen aufgegeben werden, stellt das die Frage, ob sie vorher tatsächlich notwendig waren. Wenn Daten rechtswidrig übermittelt werden und Menschen in Quarantäne dadurch kriminalisiert werden, nähert das Misstrauen. Wenn mehr und mehr wirtschaftliche Interessen sich durchsetzen und Kneipenöffnungen erst als undenkbar gelten und dann im Eiltempo in Aussicht gestellt und versprochen werden, dann stellt sich die Frage, welchen Interessen staatliche Maßnahmen folgen, umso mehr. Wenn Wünsche und Vorstellungen, wie der Vortag verbracht werden soll, das Kriterium für Entscheidungen zu Schutzmaßnahmen werden, und nicht der tatsächliche Pandemieverlauf, wird nicht nur ein großes Risiko in Bezug auf die weitere Corona-Entwicklung eingegangen. Je mehr Regierungen und Politik dem Reiz erliegen, danach zu entscheiden, was populär ist, desto mehr stellen sie vorherige Maßnahmen in Frage und werden selbst unseriös. Je mehr tatsächliche Anhaltspunkte für willkürliche Entscheidungen ohne Rechtsgrundlage staatliches Handeln liefert, desto weiter wird die Tür für Verschwörungsideologen und Demokratiefinde geöffnet.

Stadtratsfraktion unterstützt Salzlandtheater

Klaus Magenheimer, Fraktionsvorsitzender

Aus Anlass des 100. Geburtstages von Sophie Scholl will das Salzlandtheater mit seinem Programm an das mutige Agieren der jungen Menschen der „Weißen Rose“ erinnern. Der gleichnamige Film, der eindringlich die Gerichtsbarkeit in der NS-Diktatur zeigt, war Anlass für die Landesbühne Rheinland-Pfalz, dieses Stück zu inszenieren und im Jahr 2021 aufzuführen. Dieses

sollte in Verbindung mit einer Wanderausstellung am 17.04.2021 im Salzlandtheater stattfinden. Dafür hatte die Fraktion eine langfristige finanzielle Zuwendung zugesichert.

Durch die Pandemie und die dadurch eingeleitete Einstellung des Theaterbetriebes fehlen der Spielstätte momentan enorme finanzielle Mittel um die Liquidität zu sichern. Um einen so-

lidarischen Beitrag zur Ablinderung der gegenwärtigen Situation der traditionellen Spielstätte zu leisten, haben die Mitglieder der Stadtratsfraktion Staßfurt beschlossen, die im Vorfeld verabredete Unterstützung für die Jahre 2020 und 2021 bereits unmittelbar als eine Spende in Höhe von 600 Euro am 11. Mai zur Verfügung zu stellen.

Symbolische Grüße der LINKEN zum 1. Mai

Christa Beier und Jörg Lemmert, Kreisvorstand DIE LINKE Salzlandkreis

Auf dem Bierer Berg, wohin DIE LINKE seit über 20 Jahren zur Maifeier einlädt, und auf dem Schönebecker Markt waren diesmal bunte Nelkensträuße und rote Plakatgrüße zu sehen, über die auch die Schönebecker Volksstimme berichtete. So ganz verzichten wollte die Partei auf den Feiertag nicht. Ganz im Sinne des diesjährigen DGB-Mottos für den 1. Mai „Solidarisch ist man nicht alleine“ brachten Sabine Dirlich, Eva von Angern, Christa Beier und Roland Claus so ihre Wertschätzung für den 1. Mai zum Ausdruck. Die Partei bedankt sich für die Unterstützung durch die Stadtverwaltung.

Auch in Bernburg gab es vor dem LINKEN Büro in der Wilhelmstraße einen symbolischen Plakatgruß und einen Nelkenstrauß. Der Ortsvorsitzende Jörg Lemmert wurde zu der Akti-



Symbolischer Gruß auf dem Bierer Berg; Foto: privat

on am nächsten Tag in der Mitteldeutschen Zeitung zitiert: „Auch ohne öffentliche Kundgebungen gilt am „Tag der Arbeit“ in Corona-Zeiten: Gerade jetzt müssen die Arbeitnehmerrechte mehr denn je geschützt und verteidigt

werden. Aufgrund von Kurzarbeit sind z.B. viele Beschäftigte von besonderen finanziellen Härten betroffen, weshalb DIE LINKE weiterhin eine Erhöhung des Kurzarbeitergeldes ab dem 1. Monat auf 90 Prozent fordert.“

Gedenken in Bernburg mit Unterstützung der Linksjugend

Elke Rehmann, stellvertretende Ortsvorsitzende

In diesem Jahr konnten wir am 8. Mai den 75. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus begehen. Dies nahm die Bernburger LINKE zum Anlass, um gemeinsam mit Vertretern von SPD und DGB am Denkmal auf dem Martinsplatz mit einer Kranzniederlegung der vielen Opfer zu gedenken. Eine Kranzniederlegung an diesem denkwürdigen Tag findet jedes Jahr statt, aber diesmal war einiges anders als wir es bisher kannten. Aufgrund der Corona-Bestimmungen konnten nur 15 Teilnehmer anwesend sein, die den geforderten Mindestabstand einhielten. Als Redner für diesen besonderen Anlass konnten wir den 16-jährigen Schüler des Gymnasiums Carolinum Fabian Naumann begrüßen, der nach einer kurzen Einführung des Ortsvorsitzenden der LINKEN, Jörg Lemmert, das Wort ergriff. Fabian, auch Mitglied in der neuen Linksjugend Salzlandkreis, schilderte größtenteils seine persönlichen Gedanken und Gefühle zum Thema Befreiung vom Faschismus und betonte, dass heute niemand mehr wegen seiner Andersartigkeit diskriminiert und verfolgt werden darf. Jeder Mensch ist es wert, in einer Welt ohne Angst, Zerstörung und in Frieden leben zu dürfen. Der Grundstein dazu wurde in Deutschland und Europa damals



Gedenken auf dem Bernburger Martinsplatz; Foto: privat

mit der Befreiung vom Nazismus durch die Alliierten gelegt und die Errungenschaften von damals müssen auch heute noch stetig ausgebaut und gepflegt werden. Es ist traurig, wenn in der heutigen Zeit die Greuelthaten der Nazis durch aufkeimende neonazistische Tendenzen bagatellisiert werden, dem müssen wir uns entschlossen entgegenstellen. Ähnlich äußerte sich auch der Vorsitzende des

Bernburger Ortsvereins der SPD, Friedel Meinel, in seiner Rede. Er unterstrich ebenfalls die Notwendigkeit des Eintretens aller Demokraten für das Wohl aller und besonders zur Erhaltung des Friedens.

Mit 2 bewegenden Musikstücken zum Thema sorgte Fabian Naumann auch für die musikalische Umrahmung, wofür ihm herzlich gedankt wurde.

Linke begehen Tag der Befreiung unter Einhaltung der Abstandsregeln

Bianca Görke, DIE LINKE Staßfurt

In diesem Jahr jährt sich der Tag der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht und damit der Tag der Befreiung Europas vom Hitlerfaschismus zum 75. Mal. Der Ortsvorstand Die Linke Staßfurt nahm dies zum Anlass, um zu einem mahnenden Erinnern und Gedenken an die Opfer zu laden. Der Ortsvorsitzende Klaus Magenheimer erinnerte in seiner Rede in Löderburg an die unmenschliche Barbarei des 2. Weltkrieges, an die vielen Opfer und die Toleranz der Bevölkerung. Aus Hass und Hetze entstand Grausamkeit, gefördert von der Gier der Großindustriellen. Millionen Menschen mussten in Lagern ihr Leben lassen, wurden Opfer eines menschenverachtenden Rassenwahns oder litten unter der Verfolgung Andersdenkender und politischer Aktiver. Auch Menschen mit Behinderung wurden gnadenlos verfolgt und vernichtet. Der Wahn des vermeintlich



Gedenkveranstaltung im Staßfurter Ortsteil Löderburg
Foto: privat

starken Deutschen vergiftete viele Hirne und so wurden sie infiziert mit kalkulierter Propaganda. Auch unter schwierigen Bedingungen sei es wichtig, an die Grausamkeiten der faschistischen Ideologie und des daraus resultierenden Krieges zu erinnern. Eine starke

Zivilgesellschaft muss sich konsequent für Demokratie und gegen jegliche Ausgrenzung einsetzen, so das Plädoyer des linken Kommunalpolitikers Magenheimer. Zum Schluss gedachten die anwesenden Bürgerinnen und Bürger mit einer Schweigeminute der Opfer.

Gedenken zum 75. Jahrestag der Befreiung in Aschersleben

Nicola Hoppe, DIE LINKE Aschersleben

Heute vor 75 Jahren wurde Europa vom Faschismus befreit. Dieser Krieg hat ca. 50 Millionen Menschen das Leben gekostet. Allein im Altkreis Aschersleben mussten 2150 sowjetische, 700 polnische und 1750 Bürger anderer vom Faschismus unterdrückter Nationen sowie 650 Häftlinge des Außenlagers des KZ Buchenwald für den Krieg der Nazis arbeiten. 140 sowjetische Bürger, darunter 42 Kinder erlagen der unmenschlichen Ausbeutung in den Jungerwerken. Hinzu kamen in Nachterstedt die Lager mit 505 sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern sowie 350 Kriegsgefangenen aus anderen Nationen. 132 von ihnen fanden ihre letzte Ruhestätte in Nachterstedt. Außerdem wurden auf den Gütern und privaten landwirtschaftlichen Betrieben hunderte von sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern auf das unmenschlichste gepeinigt und ausgebeutet.

Nach dem Krieg schworen sich viele Menschen „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“. Angesichts der Tatsache, dass heute wieder deutsche Soldaten mit Billigung großer Teile des Bundestages an Kriegseinsätzen



Gedenkveranstaltung in Aschersleben
Foto: privat

und Übungen bis an die russische Grenze teilnehmen, wiederhole ich hiermit den Schwur von Buchenwald: „Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht. Die Vernichtung

des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir den Ermordeten und ihren Angehörigen schuldig.“

Tag der Befreiung in Schönebeck

Christa Beier, Vorsitzende DIE LINKE ELSALAND

Anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung fand am 08.05.2020 in Schönebeck eine Gedenkveranstaltung am Mahnmal in der Nicolaistr. statt. An der Veranstaltung nahmen mit den nötigen Abstandsregelungen der Oberbürgermeister der Stadt Schönebeck Bert Knoblauch auch Vertreter aller Stadtratsfraktionen teil. Alle Fraktionen und auch der Oberbürgermeister legten Kränze nieder. Der



Gedenken mit den Schönebecker Stadträtinnen; Foto: privat

Kranz von der LINKEN enthielt die Aufschrift „Dank den Befreier- DIE LINKE“. Die Vorsitzende des Schönebecker Stadtrates Frau Ribbentrop hielt eine kurze Rede und würdigte den Anlass. Musikalisch wurde die Gedenkveranstaltung von G. Zucker und J. Bojanowski umrahmt. Die Volksstimme war ebenfalls vor Ort und berichtete bereits in ihrer Ausgabe am 09.05.2020 darüber.

Ortsrundgänge mit LINKE-Bundestagsabgeordneten Jan Korte

Der LINKE-Bundestagsabgeordnete Jan Korte machte anlässlich seiner jüngsten Wahlkreistour durch den Salzlandkreis unter anderem in Osmarsleben und Cochstedt Station. Gemeinsam mit dem Osmarslebener Dorfklub-Vorsitzenden Lars Lehmann und dem

Cochstedter Ortsbürgermeister Wolfgang Weißbart tauschte sich Korte unter Wahrung der geltenden Abstands- und Hygieneregeln während der Ortsrundgänge über aktuelle Anliegen und Sorgen der Einwohner aus. Neben diesen Besuchen stand auch ein Gespräch mit Bernburgs Oberbürgermeister Henry Schütze auf dem Programm des Abgeordneten.

Im Mittelpunkt des Meinungsustausches standen die Folgen der Corona-Pandemie auf die soziale Situation, den Arbeitsmarkt und die Kommunalfinanzen sowie das Vereinsleben.

Im Anschluss an seine Wahlkreistour erklärt Korte: „Die Krise zeigt radikal die Schwächen der herrschenden Bundespolitik



Ortsrundgänge mit LINKE-Bundestagsabgeordneten Jan Korte
Foto: privat

der vergangenen drei Jahrzehnte auf, die auf Investitionen verzichtet, unsere Gesundheit der Rendite unterordnet und öffentliche Leistungen privatisiert hat.“

Korte und seine Bundestagsfraktion fordern daher in den zurückliegenden Sitzungswochen im Bundestag mit Nachdruck ein soziales und ökologisches Konjunktur- und Investitionsprogramm gegen die Corona-Krise. Zur Finanzierung der Krise will DIE LINKE das reichste ein Prozent der Bevölkerung, die Milliardäre und Multimillionäre, über eine gerechte Vermögensabgabe an der Bewältigung der Krise beteiligen.

Denn es dürfe nicht sein, so der Linkspolitiker, dass Geringverdiener, Rentner, Erwerbslose und Familien durch steigende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, sowie finanziell klamme Gemeinden und das Vereinsleben, unter den Folgen der Krise leiden, während Konzerne, die über milliardenschwere Rücklagen verfügten, bedingungslos großzügige Staatshilfen bekämen.

Christian Härtel, Jörg Lemmert
Wahlkreismitarbeiter MdB Jan Korte

Trotz erschwerter Bedingungen arbeitet der Kreisvorstand planmäßig

Klaus Magenheimer, stellv. Kreisvorsitzender

In Realisierung des Jahresarbeitsplanes traf sich der Kreisvorstand in etwas anderer Art, nämlich zu Telefonkonferenzen. Dass das noch ungewohnt war, zeigte die Konferenz am 27.05.2020, sie musste wegen technischer Probleme (nicht ausreichende Zuschaltung) abgesetzt werden.

Nach Begrüßung und Feststellung der Anwesenheit wurde selbstverständlich den Geburtstagskindern der Glückwunsch ausgesprochen. Im Rückblick auf die vergangenen Wochen war von überwiegend telefonischen Kontakten zu einzelnen Mitgliedern zu hören, das Angebot durch Hilfeleistungen zu unterstützen, um die Verbindung untereinander zu sichern. Leider mussten wir uns in der Vorschau auf die kommenden Wochen von der Durchführung traditioneller Veranstaltungen, vor allem dem 1. Mai, verabschieden. Dennoch wurde in allen 4 Regionen der 8. Mai öffentlich genutzt, um den 75. Jahrestag der Befreiung im möglichen Rahmen öffentlich zu würdigen.

Der Vorstand beschloss einmütig mit einer Zeitungsanzeige in den Tagesblättern all denen zu danken, die an unterschiedlichen Stellen arbeiten. Das Motto -Solidarität statt Ellenbogen- wurde in den Mittelpunkt gestellt. Leider mussten wir akzeptieren, in der gegenwärtigen Zeit keine Unterschriften für das Volksbegehren sammeln zu können.

Unsere Zustimmung fand das Treffen von Dietmar Bartsch und Mitgliedern der Landtagsfraktion mit Gewerkschaftern des AMEOS-Klinikums in Aschersleben. Zwischenzeitlich konnten wir vom Erfolg der Streikbewegung der letzten Monate hören, in dem Lohnerhöhungen für alle Beschäftigten sowie Einmal-

zahlungen vereinbart wurden.

Am 29.04. befasste sich der Vorstand mit grundlegenden Beschlüssen in der Finanzarbeit. So wurde der positive Finanzbericht 2019 zur Kenntnis gegeben. In einem schriftlich zugestellten Finanzplan für das Jahr 2020 wurden die wesentlichen Eckpunkte verankert und Nachfragen dazu wurden erläutert. Ihm stimmten alle an der Telefonkonferenz Teilnehmenden, bei einer Enthaltung, zu. Der Vorstand möchte sich bei Elke Rehmann, Petra Stenzel und Henriette Krebs herzlich für die Arbeit bedanken.

Regelmäßig wurde der Kreisvorstand über die Verbindung zum Landesvorstand und die Arbeit der Kreistagsfraktion informiert. Auch hier fand teilweise die Verständigung nur über das Telefon statt.

Die langfristige Vorbereitung der kommenden Landtagswahl wurde zu jeder Sitzung behandelt. Wichtig ist die erforderliche Kandidatengewinnung, um wie bisher nur in Schönebeck, in jedem der 4 Wahlkreise mit Personen präsent zu sein. Rainer Zühlke und Roland Claus werden zur Sitzung am 27.05. einen schriftlichen Vorschlag zur langfristigen politischen und organisatorischen Vorbereitung unterbreiten. Dieser war auch zur Sitzung am 27.05. allen Mitgliedern zugestellt. Einen wichtigen Abschnitt auf dem Weg der Landtagswahlvorbereitung stellt die kommende Kreisversammlung dar. Laut einstimmigen Beschluss des Kreisvorstandes findet sie am 24.10.2020 im Kurhaus in Bernburg statt.

Der Tagesordnungspunkt Termine wurde situationsbedingt leider immer nur kurz angehandelt.

Zum 200. Geburtstag von Friedrich Engels – Zitat des Monats:



„Der Sozialismus ist der Ausdruck absoluter Wahrheit, Vernunft und Gerechtigkeit.“

Über die Arbeit der LINKEN Kreistagsfraktion im ersten Halbjahr 2020

Claudia Kästner, Fraktionsassistentin

Die ungerechte Haushaltssituation für Kreis und Kommunen und die prekären Zustände in der Gesundheitsversorgung waren die bestimmenden Themen der beiden diesjährigen Kreistage am 04. März und am 27. Mai.

Vor dem Hintergrund der Streiks bei AMEOS und der Unruhe im gesamten Kreis, die das Verhalten der Geschäftsführung ausgelöst hat, hat der Kreistag am 04. März einen Appell an die AMEOS-Geschäftsführung gerichtet, zu einem vernünftigen Dialog mit dem Ziel angemessener Bezahlung an den Verhandlungstisch zurückzukehren, dem sich auch die LINKE Fraktion anschloss. In dieser Sitzung richtete die Fraktion einen Antrag an den Landrat, sich zur Aufstellung der Kreisverwaltung bei der Sicherstellung der Versorgung mit Krankenhausleistungen und zur Ausgestaltung der Versorgungslandschaft zu positionieren – auch wenn der Kreistag nicht zuständig ist. „Denn die Menschen sind an die Kreistagsmitglieder herangetreten und wollen zurecht von ihnen Antworten haben. Den Leuten ist die Zuständigkeit herzlich schnuppe“, sagte die Fraktionsvorsitzende Sabine Dirlich dazu. Wie dringlich die Frage ist, stellte Christian Jethon angesichts der Stationsabmeldungen und eingeschränkten Notfallversorgungen der letzten Jahre dar und forderte die Kreisverwaltung auf, sich einen Plan zu machen, wie im Fall des Falles zu reagieren ist. Kurz darauf trat dann auch mit der Corona-Pandemie der Fall des Falles im Salzlandkreis ein. Sie zeigt uns ganz deutlich, welche Auswirkungen das jahrelange Ausbluten des Gesundheitssystems in der Krise hat. Die beiden Fraktionsmitglieder haben



Blick in den Kreistag, Foto: privat

ihre Mitgliedschaft im AMEOS-Regionalbeirat wieder aufgenommen und werden sich dafür einsetzen, dass die Leistung der Beschäftigten in der Bewältigung der Pandemie nicht vergessen wird und sich für ein starkes Ergebnis im Sinne der Beschäftigten einbringen.

Das leidvolle Thema Haushaltskonsolidierung war auf beiden Kreistagen präsent. Zu Beginn der Diskussion am 04. März über die Beanstandungsverfügung des Landesverwaltungsamtes zum Kreishaushalt stellte die Fraktionsvorsitzende klar, dass die Fraktion die Konsolidierungspflicht und den Defizitabbau anerkennt und nutzte dann ihre Haushaltsrede, um einen Aufruf an die Landesregierung zu richten, Bundes-Hilfsprogramme für in Not geratene Kommunen nach Kräften zu unterstützen. Sie sparte auch nicht mit Kritik an der Vorgehensweise des Landesverwaltungsamtes. „Die Aussage des Landesverwaltungsamtes, die Klagen gegen die Kreisumlage haben mit der Haushaltskonsolidierung nichts zu tun, sondern nur mit dem Haushalt, ist an Zynismus nicht mehr zu überbieten“. Sie schloss ihre Rede mit der Aussicht, „ob

es etwas nützt dem Landesverwaltungsamt klarzumachen, dass dieses Vorgehen den Zusammenhalt der Kommunen im Salzlandkreis gefährdet, ja sogar auf's Spiel setzt, das wagen wir zu bezweifeln.“

Auf dem Kreistag am 11. Mai - diesmal zur Wahrung der Hygiene- und Abstandsregeln im Bernburger Kurhaus - stand das Thema Haushalt wieder auf der Tagesordnung. Das Konsolidierungskonzept, der wenig veränderte Haushaltsplan und die Haushaltssatzung wurden in einem Block diskutiert. Auch hier, wie schon auf dem letzten Kreistag, nutzte die Vorsitzende ihre Rede, um den Kreistagsmitgliedern das Steuerkonzept der LINKEN „Steuergerechtigkeit für Kommunen“ vorzustellen. Unter anderem durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und ihre gerechte Verteilung könnte der Salzlandkreis ein Plus von 57 Millionen Euro erhalten – und das jedes Jahr. Sie verteidigte das Konzept gegen Kritik und Zwischenrufe, obwohl sich wohl alle Kreistagsmitglieder einig sind, dass es einer grundlegenden Reform der kommunalen Finanzausstattung bedarf. Zur schlechten Haushaltslage kommen jetzt auch noch die völlig unbekanntenen Auswirkungen der Corona-Pandemie hinzu. Diese machen den Haushalt schon vor der Abstimmung zur Makulatur. So zeigte dann auch das Abstimmungsergebnis die Gespaltenheit des Kreistages, in dem viele Kommunalpolitiker vertreten sind. Das Konsolidierungskonzept wurde mehrheitlich angenommen, der Haushaltsplan wurde denkbar knapp mit 22 Ja-Stimmen zu 21 Nein-Stimmen angenommen.

LINKE Lebensmittelspende für Bernburger Tafel

Jörg Lemmert, Ortsvorsitzender

Unter Einhaltung der geltenden Beschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie hat die Bernburger LINKE Ende April ihre jährliche Lebensmittelspende bei der Tafel der Saalestadt überreicht. Christine Pfeiffer und Jörg Lemmert vom Ortsvorstand der Partei übergaben Lebensmittel (vor allem Reis, Nudeln und Konserven) im Wert von ca. 100 Euro an Sozialdezernent Paul Koller, Tafelleiterin Petra Hetzel und Tafelmitarbeiterin Sibylle Rittiner.

Bei der Übergabe im Sozialzentrum in der Auguststraße ging es u.a. darum, unter welchen Bedingungen die Tafel auch in diesen schwierigen Zeiten die Versorgung für ihre Kunden aufrechterhalten kann. Der Ortsvorsitzende Jörg Lemmert dazu: „Es ist sehr erfreulich, dass die Ausgabe von Lebensmitteln, im Gegensatz zu anderen Orten, in Bernburg nicht eingestellt wurde. Gerade jetzt, wo die Corona-Pandemie auch für steigende Lebensmittelpreise sorgt, ist es wichtig, dass einkommensschwache Familien



Spendenübergabe im Bernburger Sozialzentrum, Foto: privat

sich hier weiter versorgen können.“ Laut Agrarmarkt Informations-Gesellschaft kosten frische Nahrungsmittel im Moment 10 % mehr als vor einem Jahr. Um die jetzt steigenden Kosten für Arbeitslose und Menschen mit geringen Einkünften aufzufangen, fordert

DIE LINKE eine Erhöhung der eh schon knapp bemessenen Sozialleistungen wie z.B. Arbeitslosengeld II und Grundsicherung im Alter. Für die Dauer der Corona-Pandemie sollen diese monatlich um 200 Euro für Erwachsene und 150 Euro für Kinder steigen.

Kreisvorstand und Redaktion gratulieren im Juni recht herzlich

Zum 95. Geburtstag
Elli Killmann

Zum 90. Geburtstag
Margit Keller

Zum 84. Geburtstag
Dr. Gerhard Wahl

Zum 81. Geburtstag
Helmut Müller

Zum 75. Geburtstag
Rainer Grey

Zum 70. Geburtstag
Andreas Ramdohr

Wir gratulieren auch allen anderen Mitgliedern unseres Kreisverbandes, die im Juni Geburtstag haben.



Volksbegehren „Den Mangel beenden“

Der Kreisverband unterstützt das Volksbegehren und sammelt Unterschriften für mehr Personal an den Schulen in Sachsen-Anhalt. Wir bitten um Eure Unterstützung! Unterschriftenlisten gibt es in den Büros in Aschersleben, Bernburg, Schönebeck und Staßfurt oder im Internet unter www.denmangelbeenden.de. Bei Fragen könnt ihr euch jederzeit an den Kreisvorstand wenden (Kontakt siehe unten).

Nachruf In stillem Gedenken Brigitte Weilbeer

OV Bernburg
Kreisvorstand



Aufruf zur Mitarbeit!

DIE LINKE Zeitung sucht ständig Artikel aus allen Regionen des Salzlandkreises und freut sich über weitere MitstreiterInnen für die Redaktionsarbeit (Kontakt siehe unten).

Corona-Krise: Ernährungssicherheit bleibt Hauptaufgabe in Kuba



In der landwirtschaftlichen Produktion, vor allem beim biologischen Anbau von Obst und Gemüse, in der Milchproduktion und der ökologischen Tierhaltung, sind die Cuba Si-Milchprojekte Referenzobjekte in Kuba. Aktuell benötigen wir Eure Spenden für den Kauf von Maschinen, Werkzeugen und Ausrüstungen für die Schmiede, die Tischlerei und die Schlächtereie in unserem Milchprojekt in der Provinz Guantánamo.

Spendenkonto beim Parteivorstand:
Kontoinhaber: **DIE LINKE/Cuba Si**
IBAN: **DE06 1005 0000 0013 2222 10**
BIC: **BELADEBXXX**
Verwendungszweck:
„Milch für Kubas Kinder“

Cuba si



**Aktuelle Entwicklungen,
Hintergründe & Positionen**

mehr Informationen auf
www.die-linke.de/corona

Mailverteiler des Kreisverbandes

Über 100 MitstreiterInnen nutzen bereits den Mailverteiler des Kreisverbandes. Wer auch ergänzend zur LINKEN Zeitung 2-3 Mal im Monat über aktuelle Entwicklungen informiert werden möchte, schickt uns bitte seine E-Mail-Adresse an dielinke-slk@t-online.de

DIE LINKE.
Kreisverband Salzlandkreis

Sitzung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand tagt aufgrund der Kontaktbeschränkungen momentan per Telefonkonferenz. Nächster Termin ist der **24.06.2020, 18 Uhr**.

ClimatePartner^o klimaneutral

Druck | ID 11151-1701-1701

Die Linke Zeitung wurde klimaneutral auf Recyclingpapier gedruckt.

**Einsendeschluss für die nächste
DLZ ist der 26. Juni 2020.
Redaktionsschluss für diese
Ausgabe war
der 29. Mai 2020.**

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE, Salzlandkreis
www.dielinke-salzlandkreis.de
dielinke-slk@t-online.de
Postfach 1104, 06391 Bernburg

Redaktion :

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),
Klaus Magenheimer

Satz + Layout: Karsten Noack

Druck: Saxoprint

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktionsschluss eingegangenen Artikeln kann die Veröffentlichung nicht garantiert werden.